

Dirk Halm

Der Islam als Diskursfeld

Dirk Halm

Der Islam als Diskursfeld

Bilder des Islams
in Deutschland

2. Auflage



VS VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

2. Auflage 2008

Alle Rechte vorbehalten

© VS Verlag für Sozialwissenschaften | GWV Fachverlage GmbH, Wiesbaden 2008

Lektorat: Frank Engelhardt

VS Verlag für Sozialwissenschaften ist Teil der Fachverlagsgruppe

Springer Science+Business Media.

www.vs-verlag.de



Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Umschlaggestaltung: KünkelLopka Medienentwicklung, Heidelberg

Druck und buchbinderische Verarbeitung: Krips b.v., Meppel

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in the Netherlands

ISBN 978-3-531-16156-3

Inhalt

Einleitung	7
1 Problemstellung	11
2 Konzept: Der Islam als Diskursfeld	19
3 Forschungsstand	25
3.1 Der deutsche Islamdiskurs seit 2001	25
3.2 Vertretung der Muslime durch die Verbände	33
3.3 Forschungsdesiderate	37
4 Vorgehensweise	41
4.1 Ablauf der Erhebung und Auswertung	41
4.2 Ergebnis der Fokusgruppen	43
4.2.1 Christlich-islamischer Dialog	43
4.2.2 Integrationspolitik	44
4.2.3 Muslimische Verbände	46
5 Ergebnisse	49
5.1 Christlich-islamischer Dialog	49
5.1.1 Quantitative Entwicklung des Dialogs	49
5.1.2 Dialogthemen	53
5.1.3 Dialoghaltungen	57
5.1.4 Organisatorische Fragen	65
5.2 Integrationspolitik	67
5.2.1 Integration des Islams als politische Aufgabe	67
5.2.2 Wahrnehmung der Muslime als politische Akteure	73
5.2.3 Strategien	79

5.3	Muslimische Verbände.....	85
5.3.1	Entwicklung der (organisierten) Religiosität	85
5.3.2	Veränderung des Tätigkeitsspektrums.....	91
5.3.3	Lobbying der Verbände.....	92
5.3.4	Die islamischen Verbände in der Öffentlichkeit.....	95
5.3.5	Konflikte und Islamfeindlichkeit	98
6	Konstruktion des Islams in Deutschland durch den Diskurs	101
6.1	Islambilder der Akteure	101
6.2	Interreligiöser Dialog.....	102
6.3	Integrationspolitik.....	105
6.4	Muslimische Verbände.....	109
7	Szenarien einer zukünftigen (Des-)Integration des Islams in Deutschland	113
7.1	Verbindung mit anderen öffentlichen Diskursen	113
7.2	„Kampf der Kulturen“	113
7.3	„Euro-Islam“ und Integrationsperspektive der Muslime.....	117
7.4	Parallelgesellschaft.....	122
7.5	Bedeutungsverlust von Religion.....	125
	Literatur	129
	Quellen	133
	Verzeichnis der Interviews.....	135
	Abkürzungsverzeichnis	137
	Anhang: Interviewleitfäden	139

Einleitung

Mit bis zu 3,5 Mio. Menschen in Deutschland, die familiäre Wurzeln in islamisch geprägten Ländern haben, ist es eigentlich erstaunlich, dass sich die Frage der Integration des Islams in die deutsche Gesellschaft erst relativ spät, vermehrt seit der Mitte der 1990er Jahre, stellte. Die Integration der Muslime wurde damit erst in einem Moment – zunächst in den Kommunen und in den Ländern – zum Thema, als die Muslime im Zuge der Verfestigung ihrer Aufenthalte in Deutschland und der häufigeren Aufgabe zuvor weit verbreiteter Rückkehrillusionen begannen, auch durch die Errichtung repräsentativer Moscheebauten, stärker öffentlich sichtbar zu werden und sich erste juristische Auseinandersetzungen um das Recht zur Erteilung von Religionsunterricht, Kopftuch im öffentlichen Dienst, Schächten u. Ä. anzubahnen begannen.

Diese verzögerte Beachtung der Islamfrage hat sicherlich auch damit zu tun, dass Deutschland sich erst sehr verspätet und zaghaft überhaupt als Einwanderungsland zu begreifen begann und erst seit 2005 überhaupt eine Integrationspolitik auf Bundesebene in Kraft ist (das lang umstrittene „Zuwanderungsgesetz“)¹, womit in Politik und Öffentlichkeit das Bewusstsein dafür, dass die gesellschaftliche Integration mit Blick auf zugewanderte Gruppen spezifische Anforderungen stellen kann, erst eine breitere Verankerung fand, die ihren Ausgangspunkt in der „Green-Card“-Diskussion und der daraufhin eingerichteten Zuwanderungskommission ab dem Jahr 2000 genommen hatte.² Auf Länderebene war der Islam, etwa

1 Siehe zu einer Würdigung der Zuwanderungspolitik seit 2000 Schönwälder, Karen: Kleine Schritte, verpasste Gelegenheiten, neue Konflikte. Zuwanderungsgesetz und Migrationspolitik. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 10/2004, S. 1205-1214.

2 Siehe hierzu den Bericht der Unabhängigen Kommission „Zuwanderung“: Zuwanderung gestalten – Integration fördern. Berlin 2001.

im Zuge der Auseinandersetzungen um die Anerkennung muslimischer Gruppen als Religionsgemeinschaften und die Erteilung von Religionsunterricht, schon länger Thema, ohne dass lange Zeit aber eine systematische Befassung der Landespolitik daraus gefolgt zu sein schien.

Auch wenn der 11. September 2001 bei näherer Betrachtung in Deutschland kein Wendepunkt im Zusammenleben von „Deutschen“ und Muslimen gewesen ist: Denn speziell die Angst vor dem Islam ist weit vor diesem Datum etabliert, obwohl diese Tatsache in den Hintergrund getreten ist – die Terroranschläge und ihre Folgen haben den Diskurs um die Integration des Islams dennoch maßgeblich verändert. Zwar existierte das Wissen um die Notwendigkeit der Integration des Islams schon davor und ebenso auch in erheblichem Umfang die Ablehnung des Islams als terroristische und kulturelle Bedrohung – der 11. September und die auf ihn folgenden Anti-Terror-Kriege haben der Auseinandersetzung aber einen bis heute wirkenden Impuls gegeben und die Religion als herausragende Kategorie in einem ohnedies intensivierten Integrationsdiskurs etabliert. Der Islam ist überdies ein wichtiges Element weiterer Debatten abseits des Integrationsdiskurses im engeren Sinne, sei es die Zukunft der Säkularisierung, der „Kampf der Kulturen“, die Entstehung von „Parallelgesellschaften“ oder die Entwicklung eines europäischen Islams.

Die vorliegende Studie analysiert auf der Grundlage von Experteninterviews den aktuellen Diskurs um die Integration des Islams in die deutsche Gesellschaft. Unter Rückgriff auf Werner Schiffauers schon 1997 vorgeschlagenes Konzept des Islams als Diskursfeld zeigt der Text, wie unterschiedliche Akteure bestimmte Bilder des Islams in der Öffentlichkeit etablieren, um damit Positionen zu stützen und Interessen zu vertreten. Auf dieser Grundlage werden die Perspektiven diskutiert, die der deutsche Islam unter den herausgearbeiteten diskursiven Bedingungen hat.

Die Fähigkeit zur Etablierung eines bestimmten Islambildes im öffentlichen Diskurs ist eine Machtfrage, ebenso wie die Durchsetzung von Leitbildern, wie eine in Deutschland rechtlich und gesellschaftlich voll integrierte muslimischen Community aussehen sollte. Die Funktion der vorliegenden Studie ist entsprechend, diese Machtverhältnisse und ihre Manifestation im Diskurs zu beschreiben und damit eine Grundlage da-

für zu schaffen, das selbstreflexive Potential des deutschen Islamdiskurses zu stärken. Wie die Studie zeigen wird, partizipieren zahlreiche Akteure am Diskurs um die Integration des Islams aus Interessenlagen heraus, die nur mittelbar oder auch überhaupt nicht auf die gleichberechtigte Teilhabe der Muslime in Deutschland zielen. Die Identifikation solcher Diskursstrategien und -taktiken ist ein erster Schritt zur Emanzipation des Islamdiskurses von Ressourcenkonkurrenzen sowie sicherheitspolitischen und anderen Überlegungen. Weiterhin gibt die vorliegende Analyse Hinweise darauf, in welche Richtung ein Zusammenleben mit dem Islam zukünftig überhaupt realistischerweise gedacht werden kann, also was mit Blick auf die Interessen der Akteure durchsetzbar scheint.

Die vorliegende Studie entstand durch Förderung der Fritz Thyssen Stiftung in den Jahren 2006 und 2007.

1 Problemstellung³

Die Verbindung der Themen Islam und Zuwandererintegration ist in Migrationsforschung und Politik ein relativ junges Phänomen, was damit zu tun hat, dass einerseits muslimische Zuwanderer erst verspätet in den europäischen Aufnahmegesellschaften endgültig sesshaft und in ihrer Religiosität auch sichtbar wurden, andererseits im Nachkriegseuropa Religion als gesellschaftspolitische Kategorie mehr und mehr an Bedeutung verloren hatte⁴ und somit die Sensibilität für einen möglichen Zusammenhang von Religion und gesellschaftlicher (Des)integration nur wenig ausgeprägt war.

Seit dem 11. September 2001 scheint die Integrationspolitik in Deutschland nun aber im Gegenteil immer stärker von der Aufgabenstellung einer Integration des Islams dominiert zu werden. Augenscheinlich belegt wird diese These durch die Einberufung einer „Deutschen Islamkonferenz“ durch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, erstmalig am 27. September 2006, sowie durch die explizite Erwähnung, des „Dialogs mit dem Islam“ als „Bestandteil von Integrationspolitik und politischer Bildung“ im Vertrag über die Große Koalition von CDU/CSU und SPD 2005⁵. Religion ist also nun doch zu einer wichtigen Kategorie von Integrationspolitik geworden.

3 Aus Gründen der einfacheren Lesbarkeit beschränkt sich der vorliegende Text auf die Verwendung der männlichen Form bei der Rede von Individuen und Gruppen. Die weiblichen Individuen und Gruppen sind dabei immer mit gemeint.

4 Tiesler, Nina Clara: Europäisierung des Islam und Islamisierung der Debatten. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 26/27 2007, S.24-32.

5 Gemeinsam für Deutschland – Mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 11.11.2005, S. 117.

In der Folge gewinnt auch der „Dialog der Religionen“ an gesellschaftspolitischer Relevanz, indem Religion als wieder integrationsrelevante Kategorie erscheint und unterschiedliche Positionen einzelner Religionsgemeinschaften deshalb wieder öffentliche Aufmerksamkeit finden. Levent Tezcan diagnostiziert:

Diese Verknüpfung von gesellschaftspolitischen und religiösen Themen war im CID [christlich-islamischen Dialog, Anmerkung D. H.] von Anfang an präsent. [...] Es fehlte jedoch die gesellschaftliche Aufmerksamkeit. Diese wurde ihm erst zuteil, als der Islam und die Muslime in vielerlei Hinsicht als Sicherheitsrisiko auftauchten. Inzwischen scheint sich die Rede vom interkulturellen und interreligiösen Dialog zu verselbstständigen. Neben den organisierten Dialogen der religiösen Akteure findet in der medialen Öffentlichkeit ein überbordender Diskurs statt, der nach sensationsträchtigen Gewaltakten wie den Terroranschlägen in Madrid und London oder dem Mord an Theo van Gogh erneut auflebte.⁶

In diesem Prozess scheint sich der interreligiöse Dialog von seinen eigentlichen inhaltlichen Schwerpunkten – nach allgemeinem Verständnis zuvorderst der Austausch über Glauben und religiöse Erfahrungen – zu emanzipieren und immer weiter in Richtung gesamtgesellschaftlicher Integrationsfragestellungen zu driften.⁷ Paradebeispiel für diese Entwicklung sind die Islamforen in Deutschland, die sich als eher hybride Projekte an der Schnittstelle von Integrationsdiskurs, interreligiösem und interkulturellem Dialog verstehen.⁸ Die gleiche Tendenz ist auch an den breit diskutierten Verlautbarungen der Evangelischen Kirche in Deutschland ablesbar, die im Abstand von sechs Jahren, 2000 und 2006, zwei Handrei-

6 Tezcan, Levent: Interreligiöser Dialog und politische Religionen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 28-29/2006, S. 28.

7 Diese Entwicklung illustriert etwa die Themensetzung des Symposium „Religion und Integration“ des Annemarie-Schimmel-Forums am 28.2 und 1.3. in Berlin mit dem Panel „Die Rolle der Religionen bei der gemeinsamen Lösung von gesellschaftlichen Zukunftsaufgaben“.

8 Siehe zur Programmatik der Islamforen die Einführungen von Jürgen Micksch und Yasar Bilgin in Micksch, Jürgen: Islamforen in Deutschland. Dialoge mit Muslimen. Frankfurt/Main 2005, S. 8-12.

chungen zur Begegnung mit Muslimen veröffentlicht hat.⁹ Beschränkt sich die ältere Handreichung noch auf sehr konkrete Fragestellungen des interreligiösen Dialogs und des christlich-muslimischen Zusammenlebens, diskutiert das jüngere Papier auf breiterer Grundlage gesellschaftliche Integrationsaufgaben, die weit über Fragen des interreligiösen Zusammenlebens hinausgehen.¹⁰ Auch in den Verlautbarungen der katholischen Kirche zum interreligiösen Dialog ist eine solche Tendenz, aber in abgeschwächter Form und mit einer etwas anderen Schwerpunktsetzung, festzustellen,¹¹ indem nämlich mit dem Thema Zuwandererintegration auch sehr dezidiert humanitäre Fragen der Migration verbunden werden – obwohl auch die neueren Verlautbarungen eher auf Abstand zur politischen Frage der gesellschaftlichen Integration bleiben und auch immer die Bedeutung des letztendlich theologischen, nicht primär gesellschaftspolitischen Charakters interreligiösen Dialogs betonen. Allerdings dürfte die Regensburger Vorlesung Benedikts XVI. ein neues Kapitel aufgeschlagen haben, da sie in ihrer theologisch geführten Auseinandersetzung mit dem Islam unmittelbare Anknüpfungspunkte an die politische Diskussion bietet.

9 EKD: Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen. Eine Handreichung. Hannover 2000; EKD: Klarheit und gute Nachbarschaft. Christen und Muslime in Deutschland. Eine Handreichung. Hannover 2006.

10 So verzeichnet die Handreichung ein Kapitel „Religion, Migration und Integration“ mit den Unterpunkten „Zuwanderung und Leitbild Integration“, „Multikulturelle Gesellschaft‘ in der Kontroverse“, „Integration und gesellschaftlicher Dialog“.

11 Vgl. Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): Das Christentum und die Religionen. Arbeitshilfe Nr. 136, Bonn 1996; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): Christen und Muslime in Deutschland. Arbeitshilfe Nr. 172. Bonn 2003; Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hg.): Integration fördern – Zusammenleben gestalten. Wort der deutschen Bischöfe zur Integration von Migranten. Bonn 2004. Für das Dialogkonzept der katholischen Kirche außerdem bis heute maßgebend: Pontifical Council for Interreligious Dialogue: The Attitude of the Catholic Church towards the Followers of Other Religious traditions: Reflections on Dialogue and Mission. Rome 1984. Hier werden vier Schwerpunkte des interreligiösen Dialogs unterschieden: Leben, Handeln, theologischer Austausch und religiöse Erfahrung; siehe auch Kaulig, Ludger: Ebenen des christlich-islamischen Dialogs. Münster 2004.

Politisch zeigte sich die Verschränkung der Themen Islam und Zuwandererintegration bisher wohl am deutlichsten im zur Jahreswende 2005/2006 vom Innenministerium Baden-Württembergs entwickelten „Muslim-Test“ im Einbürgerungsverfahren, der Einbürgerungswillige aus muslimischen Herkunftsländern exklusiv einer besonderen Prüfung ihrer Verfassungstreue unterziehen wollte (allerdings dann durch eine im Rahmen der Innenministerkonferenz der Länder verabschiedete, „entschärfte“ bundeseinheitliche Richtlinie ersetzt wurde).¹² Es gibt damit eine offenbar sicherheitspolitische Motivation, den Islam in Deutschland zu thematisieren, wobei integrationspolitische Handlungsfelder – wie hier das Staatsbürgerschaftsrecht – berührt werden.

Zugleich gibt die soziologische Forschung zu Migration und Integration in Deutschland seit 2001 vermehrt Anlass, in der integrationspolitischen Debatte speziell der Integration der Muslime besondere Beachtung zu schenken. So zeigen neuere Arbeiten zur Sozialintegration von Migranten in Deutschland, dass in den letzten Jahren zunehmende Desintegration einerseits mit Blick auf die Arbeitsmarktchancen und die Einkommenssituation von Migranten zu beklagen ist, andererseits aber auch die kulturelle Differenz von Muslimen zur Aufnahmegesellschaft insofern zu wachsen droht, als die Bedeutung der (anderen) Religion in der Selbst- und Fremdzuschreibung eine immer stärkere Betonung erfuhr.¹³ Gleichzeitig können neuere Daten der empirischen Sozialforschung als Belege für eine Verschlechterung des interreligiösen und interkulturellen Zusammenlebens in Deutschland herangezogen werden.¹⁴ Entsprechend

12 Der durch weite Teile von Politik und Öffentlichkeit abgelehnte, wenn nicht skandalisierte Vorstoß Baden-Württembergs kann in den Kontext ernsthafter (rechtswissenschaftlicher) Überlegungen zu den Grenzen der Religionsfreiheit in Deutschland gestellt werden, so von Zinser, Hartmut: Wehrhafte Religionsfreiheit und religiöser Verbraucherschutz. Grenzen der Religionsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland. In: Klinkhammer, Gritt/Tobias Frick (Hg.): Religionen und Recht. Eine interdisziplinäre Diskussion um die Integration von Religionen in demokratische Gesellschaften. Marburg 2002, S. 71-82.

13 Siehe Halm, Dirk/Martina Sauer: Parallelgesellschaft und ethnische Schichtung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2/2006, S. 18-24.

14 So etwa die Umfrage des Instituts FORSA im Auftrag des Magazins „stern“ (veröffentlicht am 12.10.2006) unter Türkeistämmigen in Deutschland, die 45% der Befrag-

gewinnt die Verständigung mit dem Islam zu Recht an Bedeutung für die Integration von Gesellschaft. Anders formuliert: Die Notwendigkeit der Integration des Islams folgt aus der Mutmaßung, dass nur die Pluralisierung, nicht aber der Funktionsverlust von Religion, anders als früher oft unterstellt, in westlichen Gesellschaften eine Konstante ist.

Die Koalitionsregierung in Berlin bringt ihre Integrationspolitik auf die Formel des „Förderns und Forderns“¹⁵. Möglicherweise etabliert sie damit langsam eine Alternative zu einer jahrzehntelangen Politik, die sich im Spannungsfeld von Toleranz und Assimilierungsforderung bewegte und Fragen von Integration und Zuwanderung durch fragmentarische Gesetzgebung und Verordnungen zu regeln suchte und die nur in Ausnahmefällen auf Bundesebene stattfand.

Man könnte argumentieren, dass im Zuge dieser Entwicklung die Muslime von im Sinne eines Fürsorgemodells zu versorgenden Individuen zu einer Gruppe werden könnten, die ihre politischen Interessen aktiv vertritt. Analog stellt die sozialwissenschaftliche Literatur schon seit den 1990er Jahren die wachsende Bereitschaft der islamischen Organisationen zur öffentlichen Artikulation ihrer Belange fest¹⁶ – und setzt große Hoffnungen in eine solche Entwicklung, wie etwa Claus Leggewie:

Der Islam im Westen gehört in die Mitte der politischen Öffentlichkeit. Wer hierzulande in islamische Universitäten und Kirchen investiert, ist deshalb nicht geschichtsvergessen oder politisch naiv, sondern handelt in weiser Voraussicht und allemal zukunftsbewusster als alle konservativen Protektoren des christlichen Abendlandes.¹⁷

ten ausweist, die eine Verschlechterung im Zusammenleben zwischen Muslimen und Aufnahmegesellschaft in Deutschland sehen. 60% der Befragten empfinden die USA als „Feind“.

15 So die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung Maria Böhmer anlässlich des „Integrationsgipfels“ am 13.06.2006 im Deutschlandfunk.

16 Vgl. Kreile, Renate: Der politische Islam in Deutschland. In: Gegenwartskunde 2/1999, S. 179.

17 Leggewie, Claus: Alhambra – Der Islam im Westen. Reinbek 1993, S. 195 (zitiert nach Kreile, Renate: Der politische Islam in Deutschland. In: Gegenwartskunde 2/1999, S. 189-190).

Im Abstand von mehr als einem Jahrzehnt scheint die Euphorie dieses Zitats nur noch sehr bedingt nachvollziehbar, gestalten sich doch viele Auseinandersetzungen um die Partizipation von Muslimen äußerst konfrontativ: Sei es mit Blick auf den politischen und juristischen Streit um das Kopftuch für Lehrerinnen, islamische Schlachtvorschriften oder den gesamten Bereich „kulturell“ oder politisch motivierten abweichenden Verhaltens (Ehrenmorde, Zwangsheiraten, islamistisch motivierter Terrorismus usw.), was von der Aufnahmegesellschaft – und teilweise auch von Stimmen aus der muslimischen Community selbst¹⁸ – dazu genutzt wird, die Möglichkeit der Integration des Islams in die westliche Gesellschaft generell in Frage zu stellen – wie etwa beim schon erwähnten baden-württembergischen „Muslim-Test“ zumindest implizit geschehen.

Die Auseinandersetzungen um das Verhältnis von Religion und Meinungsfreiheit im Zuge des Karikaturenstreits seien hier als weitere Debatte genannt, die aber ebenfalls eher dagegen spricht, dass sich der Islam ohne massive Konflikte in der „Mitte der politischen Öffentlichkeit“ in Deutschland, wie Leggewie es formuliert, in absehbarer Zeit wiederfinden wird.¹⁹ Hinzu kommt, dass eine Asymmetrie im Dialog der Mehrheitsgesellschaft mit den Muslimen nach wie vor besteht. Auch wenn mit der Schaffung eines Koordinierungsrates großer muslimischer Verbände erstmalig ein Ansprechpartner im Entstehen begriffen sein könnte, der in der Mehrheitsgesellschaft als Vertretung der Muslime Ak-

18 So etwa durch die Bewegung der „Ex-Muslime“.

19 Der „Spiegel“ vom 26.03.2006 thematisiert in seiner Titelgeschichte „Mekka Deutschland – Die stille Islamisierung“ anlässlich des Urteils in einem Frankfurter Scheidungsverfahren, in dem Gewalt in der Ehe mit Blick auf das muslimische Bekenntnis der Klägerin nicht als besondere unzumutbare Härte anerkannt worden war, insbesondere justische Konflikte um das Recht auf Religionsfreiheit. Die zwar zugespitzte Darstellung bietet einen guten Überblick über die juristischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre, von der Verpflichtung muslimischer Schülerinnen zur Teilnahme am Schwimmunterricht bis zu Verneinung der Verteidigung der Ehre als niederen Beweggrund in Mordverfahren. Dessen ungeachtet misst die europäische Öffentlichkeit beim Verhältnis von Meinungsfreiheit und Religion mit zweierlei Maß; siehe hierzu Jäger, Siegfried: Der Karikaturenstreit im „Rechts-Mitte-Links“-Diskurs deutscher Printmedien. In: Jäger, Siegfried/Dirk Halm (Hg.): Mediale Barrieren. Rassismus als Integrationshindernis. Münster 2007, S. 55-60.